

BUNDESTAGSWAHL 2013

ENERGIE + DEMOGRAFIE



Zehn Prüfsteine für eine erfolgreiche Politik aus Sicht des Sanitär-, Heizungs- und Klimahandwerks

PRÄAMBEL

Der Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK) ist die Landesorganisation von über 50.000 Handwerksbetrieben der Gebäude- und Energietechnik. Die Verarbeitung innovativer Heizungs-, Sanitär- und Klimatechnik in Wohngebäuden bildet den Schwerpunkt der handwerklichen Leistungen.

340.000 Beschäftigte dieses zukunftssichernden Handwerks sind heute nicht mehr nur Verarbeiter sondern Berater und Dienstleister. Sie bilden die Schnittstelle im Markt zwischen An-

gebot und Nachfrage. Sie halten in den Städten und Gemeinden den engsten Kontakt zu Hauseigentümern und Anlagenbetreibern. Sie sind der erste Ansprechpartner (EMNID Frühjahr 2013) für investitionsbereite und modernisierungswillige Immobilienbesitzer.

Als Teil der Wertschöpfungskette „Bau“ erwirtschaftete das Sanitär-, Heizungs-, und Klimahandwerk im Jahr 2012 einen Jahresumsatz von fast 37 Milliarden Euro.

Ohne unser Handwerk geht es nicht! Weder die Energie- noch die Demografiewende wird Deutschland ohne die qualifizierten Betriebe des Sanitär-, Heizungs- und Klimahandwerks meistern können.

Energie und Demografie. Insbesondere für diese beiden wichtigen Aufgabenfelder der Politik haben wir als Verbandsorganisation zehn Prämissen für eine erfolgreiche Politik formuliert. Sie bilden unser Anforderungsprofil für den neuen Bundestag und eine neue Bundesregierung.



Manfred Stather
Präsident



Elmar Esser
Hauptgeschäftsführer

ENERGIE



01

Energieeffizienz ist die größte verfügbare Energiequelle in Deutschland. Das gilt insbesondere für den Wärmemarkt. Die energetische Gebäudesanierung ist ein maßgeblicher Erfolgsfaktor für das Gelingen der Energiewende. Der neu gewählte Bundestag sowie die neue Bundesregierung müssen deshalb verlässliche und haushaltsunabhängige Förderprogramme anbieten, um das vorhandene Effizienzpotenzial im Wärmemarkt zu heben.

02

Investoren, Hauseigentümer und Anlagenbetreiber brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Bundestag und Bundesregierung sollten eine steuerliche Förderung von energetischen Sanierungen von Wohngebäuden ermöglichen, um die notwendigen Anreize für die dringend erforderliche Steigerung der Sanierungsquote zu schaffen.

03

Immobilienbesitzer und Bauherren erwarten qualifizierte Informationen und Beratung über die Möglichkeiten der energetischen Sanierung. Bundestag und Bundesregierung sind gefordert, eine bundesweite Informations-, Beratungs- und Motivationskampagne mit dem Schwerpunkt auf regionalen Aktivitäten zu verstetigen, um die Investitionsbereitschaft nachhaltig zu fördern.

04

Zwang und Verbote widersprechen dem Wesen der freien Marktwirtschaft.

Technologieoffenheit und Energieträgerneutralität bilden die Voraussetzungen für die Durchsetzung des Primats der Energieeffizienz im Wärmemarkt. Die Energiewende braucht keine erzwungene sondern eine freiwillige Unterstützung der Bürger. Bundestag und Bundesregierung sollten sich daher klar gegen Verbrennungsverbote sowie gegen die Rekommunalisierung der Energieversorgung mit der Ausweitung von Anschluss- und Benutzungszwängen stellen.

05

Allein die marktwirtschaftliche Prägung des Wärmemarktes schafft die Voraussetzungen für den Erfolg der Energiewende. Bundestag und Bundesregierung sollten dies auch bei der Umsetzung der europäischen Energieeffizienz-Richtlinie beachten. Wettbewerbsverzerrungen im Markt für Energiedienstleistungen und Energieeffizienz zu Ungunsten von kleinen und mittelständischen Unternehmen müssen verhindert werden. Anstelle von ordnungsrechtlichen Vorgaben sollte eine konsequente, attraktive und verstetigte Politik der Anreize für die Verbesserung der energetischen Qualität von Gebäuden sorgen.

06

Das novellierte Schornsteinfegergesetz führt zur Verunsicherung im Markt und zu wirtschaftlichen Verwerfungen. Außerhalb des angestammten und liberalisierten Aufgabenbereiches beschäftigen sich Betriebe des Schornsteinfegerhandwerks mit Handel und Auftragsbearbeitung von Kaminöfen, Heizkesseln, Speichern und Solarthermie. Hoheitliche und privatwirtschaftliche Interessen werden verquickt, zum Nachteil der vom Markt ausgesperrten Wettbewerber. Bundestag und Bundesregierung bleiben aufgefordert, einen fairen Wettbewerb zwischen dem Schornsteinfegerhandwerk und anderen Gewerken sicherzustellen.

DEMOGRAFIE



07

Deutschland fehlen altersgerechte Wohnungen. Nur rund 1,5 Prozent aller Wohnungen gelten heute als barriere reduziert. Für Seniorinnen oder Senioren jenseits der Rentengrenze ist ein Zuschuss für barriere reduzierte Umbaumaßnahmen besser geeignet als ein Darlehen. Bundestag und Bundesregierung sind deshalb gefordert, das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ auch in einer Zuschussvariante fortzuführen. Sie sollten dafür jährlich mindestens 100 Millionen Euro aufwenden.

08

Als Experten für den barrierefreien Bäderbau sollten qualifizierte Unternehmer des Sanitärhandwerks als kompetente Partner zur Planung altersgerechten Wohnraums gegenüber den Kranken- und Pflegekassen anerkannt werden.

Bisher fehlt diese fachliche Anerkennung. Dadurch kommt es zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen beim Antragsverfahren über Pflegezuschüsse für den altersgerechten Badumbau. Bundestag und Bundesregierung müssen die Voraussetzungen für schnelle, unbürokratische Entscheidungswege zur Wohnumfeldverbesserung im Sinne der Betroffenen schaffen. Eine Beschleunigung des Verfahrens kann durch eine Fachunternehmererklärung des Sanitärhandwerks erreicht werden.

09

Anstatt „barrierefreies Wohnen“ möglichst früh und weitsichtig in den eigenen vier Wänden zu realisieren, verkennt die Mehrheit der Bevölkerung die Notwendigkeit einer entsprechenden Bauprofylaxe. Grundsätzlich erforderlich ist deshalb eine stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch entsprechende Kommunikations-Kampagnen. Zudem sollte das Thema barrierefreies Wohnen in Zukunft losgelöst werden von der Vorstellung der unmittelbaren Pflegebedürftigkeit.

10

Bundestag und Bundesregierung sollten die Verantwortung für die baulichen Aspekte des demografischen Wandels im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bündeln. Mit Blick auf die Bedeutung des demografischen Wandels ist die Berufung eines für Demografie-Fragen zuständigen Beauftragten der Bundesregierung zu empfehlen. Dieser sollte in enger Kommunikation mit dem Behindertenbeauftragten der Bundesregierung stehen. Analog sollte in den Bundesländern verfahren werden.



Zentralverband Sanitär Heizung Klima
Rathausallee 6 · 53757 St. Augustin
Fon 02241 9299-0 · Fax 02241 21351
E-Mail: info@zvshk.de · Internet: www.zvshk.de